Protokoll über die Sitzung Ausschuss für Planen und Bauen der Stadt Wilhelmshaven am Dienstag, 6. Februar 2018, 15:00 Uhr, Sitzungszimmer Technisches Rathaus , Nr. 1/2018

Mitglied Gruppe CDU/WBV

Ausschussmitglied Katja Breuer
Ausschussmitglied Martin Harms
Ausschussmitglied Helmut Möhle

Mitglied SPD-Fraktion

Ausschussvorsitzender Detlef Schön
Stellv. Ausschussvorsitzender Kristian Stoermer

Mitglied Gruppe GrünUnabhängigSozial

Ausschussmitglied Horst Dieter Walzner
Ausschussmitglied Helga Weinstock

Mitglied FDP-Fraktion

Ausschussmitglied Dr. Günther Schulte

Dezernent

Stadtbaurat Oliver Leinert

Es fehlten entschuldigt

beratendes Mitglied Volker Hasenmüller
Grundmandat Thorsten Morisse
Ausschussmitglied Prof. Dr.-Ing. Lothar Preuß

Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung

Fachbereichsleiter Frank Amerkamp
Stellv. Fachbereichsleiter Hennig Winde
Protokollführer Joachim Noack

Amt für Umweltschutz und Bauordnung

Fachbereichsleiter Niksa Marusic

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

1	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgem. Einladung sowie der Beschlussfähigkeit	
2	Feststellung der Tagesordnung	
3	Genehmigung über den öffentlichen Teil der Niederschrift vom 12.12.2017	
4	Vorlagen an den Rat	
4.1	Bebauungsplan Nr. 146,1. Änderung, Deichbrücke / Jadestraße (Wiesbadenbrücke) Erneuter Entwurfsbeschluss	**14/2018**
4.2	Bebauungsplan Nr. 152 Vorhaben- und Erschließungsplan 024(VEP024) Schleusenstraße / Ehemalige Marinelagerhäuser Aufstellungsbeschluss	**12/2018**
4.3	Antrag der SPD-Fraktion: Benennung einer im Rahmen des Neubaus des Klinikums Wilhelmshaven zu errichtenden Straße zwischen der Friedrich-Paffrath-Straße und dem Eingang des Klinikums nach dem ehemaligen Oberbürgermeister Reinhard Nieter	**538/2017**
4.4	Antrag "DIE LINKE": Umbenennung des Platzes, an dem sich der "Kaiser-Wilhelm-Brunnen" befindet, in „Köbis und Reichpietsch-Platz" (Gökerstraße/Rheinstraße).	**543/2017**
4.5	Antrag AfW-Fraktion: Aufgabe der Museumsschiffe - Die beiden Schiffe sind zu verkaufen, wenn nicht möglich zu verwerten	**502/2018**
5	Vorlagen an den Verwaltungsausschuss	
5.1	Bebauungsplan Nr. 152 Vorhaben- und Erschließungsplan 024 (VEP 024) Schleusenstraße / Ehemalige Marinelagerhäuser Beschluss über die Art der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit	**13/2018**
6	Mitteilungen und Anfragen	
6.1	Bebauungsplan Nr. 179 A - Info	
7	Öffentliche Anhörungen	

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgem. Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Herr **Schön** eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde einstimmig angenommen.

3 Genehmigung über den öffentlichen Teil der Niederschrift vom 12.12.2017

Der öffentliche Teil der Niederschrift vom 12.12.2017 wurde einstimmig genehmigt.

4 Vorlagen an den Rat

4.1 Bebauungsplan Nr. 146,1. Änderung, Deichbrücke / Jadestraße (Wiesbadenbrücke) Erneuter Entwurfsbeschluss 14/2018

Herr **Amerkamp** stellte die Vorlage ausführlich vor und begründete die Notwendigkeit des erneuten Entwurfsbeschlusses insbesondere hinsichtlich des Einzelhandels.
Herr **Schön** fragte nach möglichen Gesundheitsgefährdungen für den Bereich der Wiesbadenbrücke, wobei er sich auf einen Artikel der WZ vom 17.01.2018 bezog, in welchem mitgeteilt wurde, dass der Eigentümer (Spar&Bau) das Gelände der Bundesmarine für das Wochenende an der Jade zur Verfügung stellen wolle. Bodenuntersuchungen im nördlichen sowie südlichen Teil der Wiesbadenbrücke hätten ergeben, dass der Boden dort toxisch belastet sei.
Herr **Marušič** antwortete, dass diese Belastungen bekannt seien. Eine genaue Prüfung erfolge im Rahmen des einzuleitenden Baugenehmigungsverfahrens, wofür ein Antrag des Veranstalters erforderlich sei. Derzeit sei nicht bekannt, in welchem Bereich der Wiesbadenbrücke welche Veranstaltungen geplant seien.
Herr **Amerkamp** ergänzte, dass der Bereich der Wiesbadenbrücke (der beplante Bereich) im Bebauungsplan entsprechend als altlastenverdächtig gekennzeichnet sei und vorhandene Erkenntnisse diesbezüglich in den Erläuterungen zum Bebauungsplan dargestellt sind.
Herr **Dr. Schulte** fragte, wie die Bauherren/Investoren auf die Einschränkungen bezüglich des Einzelhandels reagiert haben.
Herr **Amerkamp** antwortete, dass dies mit dem beauftragten Planungsbüro Grieselmann sowie den Bauherren abgestimmt sei. Er erläuterte in diesem Zusammenhang auch den Unterschied zwischen einem MU-Gebiet (urbanes Gebiet) und einem MI-Gebiet (Mischgebiet) bezüglich Gewerbe/Einzelhandel.
Herr **Schön** bat den Ausschuss für Planen und Bauen um Abstimmung.
Der Ausschuss für Planen und Bauen beschließt mit 8 JA-Stimmen einstimmig:

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt gem. § 4a Abs. 3 Satz 1 Baugesetzbuch (BauGB) den **Bebauungsplan Nr. 146, 1. Änderung – Deichbrücke/Jadestraße (Wiesbadenbrücke)** erneut öffentlich auszulegen. Ergänzend wird bestimmt, dass gem. § 4a Abs. 3 Satz 2 und 3 Stellungnahmen nur zu den geänderten oder ergänzten Teilen abgegeben werden dürfen und die Dauer der Auslegung auf 14 Tage verkürzt wird. Die Vorlage ist als Anlage des Originalprotokolls Bestandteil der Niederschrift.

4.2 Bebauungsplan Nr. 152 12/2018
Vorhaben- und Erschließungsplan 024(VEP024)
Schleusenstraße / Ehemalige Marinelagerhäuser
Aufstellungsbeschluss

Herr **Leinert** führte in das Thema ein. Die ehemaligen Minenlagerhäuser seien an einen Hotel-Investor verkauft worden. Bezüglich der Planungen befinde man sich in konstruktiven Gesprächen mit dem Investor, der Stadtplanung, dem Bauordnungsamt sowie der Denkmalschutzbehörde. Ebenfalls mit eingebunden seien der III. Oldenburgische Deichband, da das Gebäude innerhalb der 50m-Deichzone liege sowie auch NPorts bezüglich der Stellplätze.
Herr **Walzner** fragte, aus welchem Grund die Planungsgrenze durch den See ginge.
Herr **Leinert** antwortete, dass seitens des Investors zu einem späteren Zeitpunkt möglicherweise eine Steganlage geplant sei.
Frau **Weinstock** fragte nach dem Sachstand bezüglich des Deichgebäudes, welches vom gleichen Investor saniert werden soll.
Herr **Leinert** erklärte, dass bis April keine Maßnahmen erlaubt seien. Bezüglich der ehem. Minenlagerhäuser lägen Planungen vor, die derzeit noch überarbeitet werden hinsichtlich der Balkone. mit Eingang eines neuen Bauantrages wird kurzfristig gerechnet.
Herr **Marušič** ergänzte, dass das ursprüngliche Konzept genehmigt sei, für die nun folgenden Änderungen ein neuer Bauantrag erwartet werde.
Herr **Amerkamp** schlug vor, das Projekt im Rahmen des Beschlusses der öffentlichen Auslegung im Ausschuss für Planen und Bauen vorzustellen. Herr **Schön** bat den Ausschuss für Planen und Bauen um Abstimmung.
Der Ausschuss für Planen und Bauen beschließt einstimmig mit 8 JA-Stimmen:

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt aufgrund des § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), die Aufstellung des **Bebauungsplans Nr. 152 (vorhabenbezogen) / Vorhaben- und Erschließungsplans 024 (VEP 024) – SCHLEUSENSTRASSE / MARINEHÄUSER-**. Die Vorlage ist als Anlage des Originalprotokolls Bestandteil der Niederschrift.

4.3 Antrag der SPD-Fraktion: Benennung einer im Rahmen des Neubaus des Klinikums Wilhelmshaven zu errichtenden Straße zwischen der Friedrich-Paffrath-Straße und dem Eingang des Klinikums nach dem ehemaligen Oberbürgermeister Reinhard Nieter 538/2017

Herr **Schön** übergab den Vorsitz an Herrn **Stoermer**.

Herr **Schön** verlas daraufhin den Antrag der SPD-Fraktion.
Herr **Stoermer** übergab den Vorsitz an Herrn **Schön**.
Frau **Weinstock** erklärte, dass sie sich der Stimme enthalten werde. Die Umbenennung des Reinhard-Nieter-Krankenhauses in Klinikum Wilhelmshaven sei für sie nicht nachvollziehbar und mit dem heutigen Antrag wolle die SPD lediglich Schadensbegrenzung betreiben.
Herr **Amerkamp** führte aus, dass es lediglich 3 Alternativen gäbe, um mit einer Straßenbenennung den ehemaligen Oberbürgermeister der Stadt Wilhelmshaven Reinhard Nieter zu ehren. Dies wäre theoretisch im Bereich Potenburg möglich, doch habe man sich hier entschlossen, Straßennamen nach bekannten Künstlern zu wählen. Weiter käme die Zufahrt zum Gewerbebereich Potenburg sowie – theoretisch – die zu bauende Verlängerung/der Durchbau der Friedenstraße oder die neue Zufahrtsstraße zum Klinikum.
Herr **Leinert** ergänzte, dass noch nicht geklärt sei, ob diese Zufahrt öffentlich gewidmet werde oder nicht. Das Einverständnis zu einer solchen Namensgebung durch den Geschäftsführer des Klinikums liege allerdings vor.
Herr **Harms** kündigte ebenfalls seine Enthaltung an, da das Thema noch in der Fraktionssitzung besprochen werden müsse.
Herr **Stoermer** erklärte, dass man nach der Umbenennung des Krankenhauses den Namen in diesem Bereich erhalten wolle.
Frau **Breuer** ergänzte, dass die Umbenennung in Klinikum Wilhelmshaven aufgrund der Zusammenlegung des Reinhard-Nieter-Krankenhauses mit dem St. Willehad-Hospital erfolgt sei, auch um zu kennzeichnen, dass die stationäre medizinische Versorgung nun an einem Standort erfolge.
Herr **Schön** bat den Ausschuss für Planen und Bauen um Abstimmung.
Der Ausschuss für Planen und Bauen beschließt einstimmig mit 3 JA-Stimmen und 5 Enthaltungen:

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

Die SPD - Fraktion im Rat der Stadt Wilhelmshaven beantragt zur nächsten
Ratssitzung, folgenden Punkt in die Tagesordnung aufzunehmen:

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt, die im Rahmen des Neubaus des Klinikums Wilhelmshaven zu errichtende Straße zwischen der Friedrich-Paffrath-Straße und dem Eingang des Klinikums nach dem ehemaligen Oberbürgermeister der Stadt Wilhelmshaven, Reinhard Nieter, zu benennen.

Begründung:

Mit der Zusammenlegung der Krankenhäuser ‚Sankt Willehad-Hospital' und ‚Reinhard-Nieter-Krankenhaus' zum Klinikum Wilhelmshaven entfiel der Name ‚Reinhard Nieter'. Gleichwohl macht es Sinn, diesen Namen im öffentlichen Leben der Stadt

Wilhelmshaven zu erhalten. Der ehemalige Oberbürgermeister Reinhard Nieter setzte sich mit großem sozialem Engagement für die Bevölkerung Wilhelmshavens ein.

Der gelernte Schlosser, arbeitend auf der Kaiserlichen Werft, wurde wegen seines sozialen und politischen Einsatzes 1933 von den Nationalsozialisten aller seiner Ämter enthoben. Gleichwohl ließ er sich nicht unterkriegen: 1945 wurde er Mitglied des von den Alliierten eingesetzten Vertrauensausschusses und schließlich Oberbürgermeister von Wilhelmshaven.
Nachdem er 1961 sein Amt als Oberbürgermeister an Johann Janßen abgegeben hatte, beteiligte er sich auch weiterhin als Senator und Vorsitzender des Bauausschusses in der Kommunalpolitik.

4.4 Antrag "DIE LINKE": Umbenennung des Platzes, an dem sich der "Kaiser-Wilhelm-Brunnen" befindet, in „Köbis und Reichpietsch-Platz" (Gökerstraße/Rheinstraße). 543/2017

Herr **Schön** übergab den Vorsitz an Herrn **Stoermer**.
Herr **Schön** verlas daraufhin den Antrag der Fraktion „DIE LINKE". Daraufhin verlas er den Änderungsantrag der SPD-Fraktion:
Die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Wilhelmshaven beantragt, den Platz des Denkmals für die Novemberrevolution (Matrosenaufstand) in der Größe von ca. 30 m² bis 40m² gegenüber der Gaststätte Casablanca (früher: Elisenlust) in „Köbis- und Reichpietsch-Platz" umzubenennen.
Begründung:
Der alte Rathausplatz hat für die Novemberrevolution weniger Bedeutung als der Platz gegenüber der Gaststätte Casablanca (früher: Elisenlust), zumal dort durch das geplante Denkmal auch der inhaltliche Zusammenhang besteht. Darüber hinaus sollte der Standort in der Nähe des alten Wilhelmshavener Rathauses für Bürger und Touristen als solcher erkennbar sein.
Herr **Stoermer** übergab den Vorsitz an Herrn **Schön**.
Herr **Schön** erklärte, dass der Antrag der Fraktion „DIE LINKE" seitens der SPD unterstützt werde, allerdings nicht die Ortswahl.
Frau **Weinstock** unterstützt ebenfalls den Antrag der Fraktion „DIE LINKE", lehnt aber den Antrag der SPD-Fraktion bezüglich der Änderung des Ortes ab.
Herr **Möhle** vertrat die Ansicht, dass die SPD-Fraktion einen eigenen neuen Antrag stellen solle, da der ihre nicht als Änderungsantrag erkennbar sei.
Herr **Leinert** führte aus, dass der Platz „Zum Alten Rathaus" so erhalten bleiben soll und empfahl dem Ausschuss für Planen und Bauen, den Antrag der Fraktion „DIE LINKE" abzulehnen.
Frau **Breuer** erklärte die Anträge für überflüssig. Es gäbe bereits einen Beschluss des Rates, nachdem eine Erinnerungsplakette sowie ein Stelenweg zur Erinnerung an den „Matrosenaufstand" vorgesehen ist. Eine weitergehende Würdigung von Einzelpersonen halte sie daher für überflüssig.
An der darauffolgenden Diskussion bezüglich der Novemberrevolution 1918 sowie den beteiligten Personen beteiligten sich die Ausschussmitglieder Dr. Schulte, Breuer, Schön sowie Herr Amerkamp und Herr Marušič.

Herr **Walzner** erklärte, dass die Fraktion „DIE LINKE“ wie auch die SPD-Fraktion die Anträge zurückziehen sollten. Die geplante Stele gegenüber Casablanca (ehem. Elisenlust) halte er für ausreichend, zudem es hierüber auch einen entsprechenden Ratsbeschluss gibt.
Herr **Schön** bat den Ausschuss für Planen und Bauen um Abstimmung über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion.
Der Ausschuss für Planen und Bauen lehnt mit 4 NEIN-Stimmen bei 1 Enthaltung und 3 JA-Stimmen den Änderungsantrag der SPD-Fraktion ab.
Herr **Schön** bat den Ausschuss für Planen und Bauen daraufhin um Abstimmung über den Antrag der Fraktion „DIE LINKE“.
Der Ausschuss für Planen und Bauen lehnt den Antrag der Fraktion „DIE LINKE“ mit 4 NEIN-Stimmen bei 2 Enthaltungen und 2 JA-Stimmen ab:

Beschluss:

-mehrheitlich abgelehnt-

Antrag an den Rat zur Umbenennung des Platzes, an dem sich der „Kaiser-Wilhelm-Brunnen“ befindet (Gökerstraße/Rheinstraße).

Der Rat möge beschließen:

Aus Anlass der Hinrichtung vor 100 Jahren der beiden Matrosen Albin Köbis und Max Reichpietsch benennt der Rat der Stadt Wilhelmshaven den Platz, an dem sich der „Kaiser-Wilhelm-Brunnen“ befindet, in „Köbis und Reichpietsch“-Platz um.

Begründung:

Köbis und Reichpietsch meldeten sich 1912 freiwillig zum Militärdienst in der kaiserlichen Kriegsmarine. Unter dem Eindruck eines dreijährigen Kriegsdienstes der Matrosen in Wilhelmshaven auf den Linienschiffen "Friedrich der Große" und „Prinzregent Luitpold“ wandelten sie sich zu überzeugten Kriegsgegnern. Zusammen mit Kameraden, Willy Sachse und Hans Beckers sowie dem Matrosen Wilhelm Weber organisierten sie eine Bewegung zur raschen Beendigung des Krieges. Im Marinestandort Wilhelmshaven kam es zu zahlreichen Befehlsverweigerungen auf mehreren Kriegsschiffen, in deren Folge etwa 400 Matrosen ihre Schiffe verließen und gemeinsam mit Werftarbeiterinnen und Werftarbeitern für Frieden und sofortige Beendigung des Krieges demonstrierten.

Die Beteiligung K.s und R.s an der Vorbereitung dieser Erhebung Ende Juli 1917 war Anlass der Verhaftung durch die Militärjustiz und spätere Verurteilungen zum Tode. Beide wurden am 5. September 1917 in Köln-Wahn erschossen.

Sowohl in der Einwohnerschaft als auch bei der Mehrheit der Angehörigen des größten Standortes der Bundesmarine dürften die

Personen und die historischen Ereignisse um sie herum von vor 100 Jahren weitgehend unbekannt sein. Die Benennung eines Platzes nach Albin Köbis und Max Reichpietsch, 100 Jahre nach ihrer Hinrichtung durch die Militärjustiz, sollte als ein Beitrag positiver Erinnerungskultur in der Marinestadt Wilhelmshaven gesehen werden.

Gerade im Hinblick auf die ungebrochene große militärische Bedeutung Wilhelmshavens kann ein Bezug auf K. und R. auch als Ausweis der demokratischen und friedlichen Haltung der Wilhelmshavener Bürgerinnen und Bürger und ihrer politischen Vertreter und Vertreterinnen im Rat der Stadt gelten.

Anlässlich der aktuellen Debatte zur Neufassung des Traditionserlasses in der Bundeswehr macht der Rat mit der öffentlichen Würdigung den lokalen Vertreterinnen und Vertretern der Bundesmarine am Standort Wilhelmshaven das Angebot, die Erinnerung an das Schicksal dieser Matrosen der kaiserlichen Marine in ihre Traditionslinie einzupflegen.

4.5 Antrag AfW-Fraktion: Aufgabe der Museumsschiffe - Die beiden Schiffe sind zu verkaufen, wenn nicht möglich zu verwerten **502/2018**

Der Antrag der AfW-Fraktion zwecks Aufgabe der Museumsschiffe wurde zurückgezogen.

Beschluss:

--

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven möge die Aufgabe der Museumschiffe Weser und Käpitän Meyer beschließen: Die beiden Schiffe sind zu verkaufen, wenn nicht möglich zu verwerten.

Begründung :
Nach erneuter gründlicher Überlegung ist die gesamte Situation der Schiffe in den letzten Monaten noch schwieriger geworden: Die erheblichen Kosten für die Sanierung und die jährlichen Unterhaltungskosten würden den Haushalt zu sehr belasten. Die Gesamtsituation lässt daher erkennen, dass beide Museumsschiffe nicht erhalten bleiben

5 Vorlagen an den Verwaltungsausschuss

5.1 Bebauungsplan Nr. 152 Vorhaben- und Erschließungsplan 024 (VEP 024) Schleusenstraße / Ehemalige Marinelagerhäuser **13/2018**

Beschluss über die Art der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit

Auf Nachfrage erläuterte Herr **Amerkamp** kurz die Form der geplanten Beteiligung der Öffentlichkeit.
Herr **Schön** bat den Ausschuss für Planen und Bauen um Abstimmung.
Der Ausschuss für Planen und Bauen beschließt einstimmig mit 6 JA-Stimmen bei 2 Enthaltungen (Herr Schön, Herr Stoermer):

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

Der Verwaltungsausschuss der Stadt Wilhelmshaven beschließt, die Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) für den **Bebauungsplan Nr. 152 (vorhabenbezogen)/ Vorhaben- und Erschließungsplans 024 (VEP 024) – SCHLEUSENSTRASSE / MARINEHÄUSER-** in Form einer 14-tägigen Sprechstunde während der Dienstzeit im Technischen Rathaus durchzuführen, in der die allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung dargelegt werden und den Bürgern Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung gegeben wird.

6 Mitteilungen und Anfragen

6.1 Bebauungsplan Nr. 179 A - Info

Herr **Amerkamp** erläuterte ausführlich den aktuellen Sachstand der Planungen.
Der Ausschuss für Planen und Bauen nahm zustimmend Kenntnis.

7 Öffentliche Anhörungen

Eine öffentliche Anhörung fand mangels Nachfrage nicht statt.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung 17:00 Uhr

Dezernent	Vorsitzende/r	Protokollführer/in